



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 07.03.2019

Angelika Glöckner: Frauen noch immer benachteiligt

„Das Grundgesetz verpflichtet den Staat in Artikel 3, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen und Benachteiligungen zu beseitigen. Diesen Handlungsauftrag nimmt die SPD-Bundestagsfraktion sehr ernst“, sagt Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner am Internationalen Frauentag am 8. März.

„Wir wollen Gesetze, die zeitgemäße Rollenbilder von Frauen und Männern unterstützen. Auch wenn wir in den vergangenen Jahren beispielsweise mit dem Elterngeld, der Quote für Frauen in Führungspositionen, dem gesetzlichen Mindestlohn und dem Rückkehrrecht auf vorherige Arbeitszeit viel dafür getan haben, laufen Frauen noch immer Gefahr, ihre Möglichkeiten nicht voll ausschöpfen zu können: Sie werden durchschnittlich schlechter bezahlt, steigen familienbedingt öfter und länger aus dem Job aus, steigen überwiegend in Teilzeit wieder in den Job ein, und das nicht selten unterhalb ihrer Qualifikation“, erklärt die Pirmasenser Abgeordnete.

„In Pirmasens arbeiten rund 5.800 sozialversicherungspflichtige Menschen in Teilzeit, 85 Prozent, also rund 5.000, davon sind Frauen. Insgesamt 4.300 Menschen in der Stadt werden geringfügig entlohnt. Mehr als die Hälfte davon sind Frauen. Das sind Frauen, die trotz Arbeit Hartz IV Leistungen beziehen. All diese Frauen, viele davon auch alleinerziehend, sind von Altersarmut bedroht. Mit dem sozialen Arbeitsmarkt wurde ein Instrument geschaffen, dass überwiegend diese betroffenen Frauen in sozialversicherungspflichtige Arbeit kommen, sodass diese am Ende ihres Erwerbslebens von ihrer Rente auch leben können. Für all diejenigen die jetzt schon in Rente gehen, könnte das Modell der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung ein wirksames Instrument sein“, ist sich die Bundestagabgeordnete sicher. „Dies ist ein wichtiges Thema das gerade auch Kommunalpolitikerinnen in Pirmasens für Frauen aufgreifen müssen. Der Internationale Frauentag ist eine gute Gelegenheit, um hierauf noch einmal aufmerksam zu machen und bei der Vermittlung in den Arbeitsmarkt vor allem auch diese Personengruppe in den Fokus zu nehmen ist“, so die Abgeordnete abschließend.